

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 RM., bei Postbestellung 2,40 RM., wöchentlich 60 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 1 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Post 1,10 RM., bei Postbestellung 1,20 RM., wöchentlich 25 Pf. Einzelnummern 5 Pf. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weizsä, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Raumzeile 20 Kpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 3-spaltige Raumzeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Sonstige und Platzverträge werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Kassaggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermitlungsgesellschaften entgegen.

Nr. 212. — 87. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, 10. September 1928

Das Echo.

Im Völkerbund hat erstmalig ein deutscher Reichskanzler gesprochen. Da wgr immerhin ein Ereignis, das selbst diese Versammlung zu würdigen wugte. Der Sitzungssaal und die Tribünen waren überfüllt, weil alle den Reichskanzler hören wollten. Herr Müller kann mit der Aufnahme seiner Rede zufrieden sein. Wie aus den Berichten hervorgeht, brachte man ihm und seinen Ausführungen nicht bloß die Achtung entgegen, die dem höchsten Vertreter eines immer noch so wichtigen Mitgliedes unter den Nationen der Erde, wie es Deutschland ist, gebührt. Der Beifall während der Ausführungen mußte dem Kanzler sagen, daß er vielen im Hause aus der Seele gesprochen hat. Bei unseren Hauptgegnern, unseren ehemaligen Gegnern im Kriege, scheint Herr Müller allerdings nur eine Art Achtungserfolg errungen zu haben. Herr Briand soll sich Pressevertretern gegenüber dahin ausgesprochen haben, daß Herr Müller als deutscher Reichskanzler besonders über die Abrüstungsfrage nicht anders habe sprechen können. Das ist aber immerhin doch ein Eingeständnis, an dem man Herrn Briand einmal erinnern könnte. Er gibt damit indirekte zu, daß der deutsche Standpunkt eine gewisse Berechtigung hat. Den meisten Anhang fand jedoch der Reichskanzler bei den Vertretern der kleineren Nationen, soweit sie nicht im Banne der Entente stehen. Diese unterstützen besonders die Ausführungen, als der Kanzler den Völkerbund an seine Pflicht mahnte, endlich einmal dafür zu sorgen, daß die Abrüstungsfrage vom Tische kommt. Diese kleineren Nationen leiden ja selbst unter dem Druck der Rüstungen, die ihnen die Kriegsvorbereitungen der Staaten aufzwingen, die die Väter der Abrüstungs Idee sind, die sie selbst in den Friedensverträgen verantworten haben. Hier steht man wieder, wie sich Theorie und Praxis scheiden.

In der deutschen Presse wird Herrn Müller im allgemeinen beschimpft, daß er sich redliche Mühe gab, den deutschen Standpunkt zu vertreten. Bei der Lage der Dinge ist es nicht zu verwundern, daß die deutsche Öffentlichkeit weniger Wert auf die offiziellen Äußerungen in der Völkerverversammlung legt als auf das, was, wie man so sagt, hinterherum geschieht. Herr Müller beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Abrüstungsproblem. Damit hängt aber eng das Befähigungsproblem zusammen. Herr Briand hat dem Reichskanzler gelegentlich einer privaten Unterredung den Rat gegeben, sich in der Frage der Rheinlanddränung zuerst mit den einzelnen Delegierten der Befähigungsmächte in Verbindung zu setzen. Verschiedentlich wird darin der Versuch Briands gesehen, die ganze Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben.

Wenn Herr Müller es unternimmt, auf die Befähigungsfrage in seiner Rede einzugehen, dann liegt es bloß daran, weil er etwaige spätere Verhandlungen nicht führen wollte. Er hätte aber in seiner Rede auf die letzten gemeinsamen Mandate der Franzosen und Engländer im besetzten Gebiete hinweisen können, die auf der Idee eines deutschen Oberfalls auf Frankreich aufbauen sind und die geradezu wie eine Ironie einem Lande gegenüber wirken, das man nicht nur in finanzieller, sondern auch in militärischer Beziehung bis aufs Hemd ausgezogen hat. Er hätte auch auf den großen Widerstand einwirken können, der darin liegt, daß man Deutschland einläßt, an allen Bestrebungen teilzunehmen, die auf Frieden und Abrüstung hinielen, während man selbst die Faust nicht nur gehemmt in der Tasche ballt, sondern sie offen in der Gestalt der Rheinlanddränung zeigt.

Müllers Betsprechungen in Genf

Der Reichskanzler bei Cushtendun.

Briands Gegenbesuch.

Während der Sonnabend-Sitzung der Völkerverversammlung stattete noch innerhalb der Beratungen Reichskanzler Müller im Hotel Beau Rivage Lord Cushtendun einen Besuch ab. Die Unterredung mit Lord Cushtendun dauerte etwa vierzig Minuten. Reichskanzler Müller hat dem stellvertretenden englischen Außenminister das Gesamtproblem der Rheinlandfrage eingehend vorgelegt und es hat sich aus den Betsprechungen, wie verlautet, ergeben, daß die Gesamtbetsprechungen der Mächte in den nächsten Tagen beginnen können. Der englische Delegierte nahm die deutschen Darlegungen zur Kenntnis und erklärte sich mit der Fortsetzung der Betsprechungen in der geplanten Form einverstanden. Das bedeutet zunächst noch Fühlungnahme mit Italien und Belgien vor Beginn der eigentlichen Räumungsverhandlungen.

Am Abend vorher hatte der französische Außenminister Briand dem Reichskanzler Müller im Hotel Metropole einen Besuch abgestattet, der eine Viertelstunde dauerte. Nach der Betsprechung wurde von seiten der deutschen Abordnung mitgeteilt, daß den Gegenstand der Unterredung die gleichen Fragen gebildet hätten, die bereits am Mittwoch zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Außenminister zur Sprache gelangt seien. Man habe sich darauf geeinigt, daß vor den Betsprechungen zwischen den vier Befähigungsmächten und dem deutschen Reichskanzler zunächst Einzelbetsprechungen zwischen den einzelnen Vertretern der Befähigungsmächte und dem deutschen Reichskanzler stattfinden sollten.

Oesterreichs Standpunkt in Genf.

Nach dem Höhepunkt, den die Beratungen in Genf durch die Rede des deutschen Reichskanzlers erreicht hatten, war anfangs das Interesse am Sonnabend nicht allzu groß, als in der Sitzung des Völkerverbundes einige geschäftliche Mitteilungen gemacht wurden und der schweizerische Bundespräsident Motta darauf hinwies, daß die unparteiische Anwendung der Rinderheitenverträge eine der größten Sorgen aller der Welt, die für die Festigung des Völkerverbundes und den Frieden arbeiten. Die Aufmerksamkeit steigerte sich jedoch bald, als der österreichische Bundeskanzler das Wort nahm.

Bundeskanzler Dr. Seipel

begrüßte das bei der Sanierungsaktion für Osterreich gegebene Mufterbeispiel des Erfolges internationaler Zusammenarbeit.

Der eigentliche Grund des österreichischen Interesses am Völkerverbund sei, daß Osterreich besonders viel an der Stabilisierung und Organisierung des Friedens liegt. In die Mitte Europas gestellt, durch seine Geschichte und in seiner Wirtschaft an enge Beziehungen zu seiner Umwelt gewöhnt, fühlt Osterreich jede Störung, jede Erschütterung, jede Reibung, die irgendwo in Europa entsteht, aufs schmerzlichste mit. Die bisherige Behandlung der Abrüstungsfrage durch den Völkerverbund sei eine Enttäuschung. In den Friedensverträgen wurde ausdrücklich jenen

Staaten, die sofort abzurufen hatten, die allgemeine Abrüstung versprochen. Der gegenwärtige Gesamtzustand ist dadurch, daß die technischen Kampfmittel seit dem Weltkriege wesentlich vermehrt worden sind, ein effektiv viel stärkerer als der der Vorkriegsjahre. Der österreichische Bundeskanzler führte zum Rinderheitenproblem weiter aus: Das Recht aller Völker und Stämme, an ihrer Muttersprache, an Art und Brauch ihrer Väter, an der Quelle ihrer kulturellen Eigenart und ihres Volkstums festzuhalten und sich ungekränkt als Angehöriger eines Volkstammes zu bekennen, dies muß endlich einmal endgültig in das Bewußtsein der Allgemeinheit, dann aber möglichst rasch auch in die Satzungen des Völkerverbundes übergehen.

Der Bundeskanzler schloß mit den Worten, jeder möge in seinem Herzen die verschiedenen Begriffe von Nation, Rinderheit und Rinderheitenrecht erwägen. Dann könne man wieder zusammen und dann könnte man mit aller Autorität sagen, was Recht ist in der Sache der Rinderheiten. Aber tun wir beides, erwägen und sagen was Recht ist, recht bald, damit nicht inzwischen der Friede zu Schaden kommt.

Nach Seipel äußerten sich wieder der polnische Minister Jaleski und der litauische Ministerpräsident Wolbomaras in der gewohnten Weise über den Streit ihrer Länder. Jaleski lehnte die Vorschläge des holländischen Außenministers auf Schaffung eines ständigen Rinderheitenausschusses, denen sich Reichskanzler Müller und Bundesrat Motta angeschlossen hatten, grundsätzlich ab.

Französisch-englisches Flottenabkommen hinfällig.

Verschiedene Londoner Blätter, so der „Daily Herald“ und der „Daily Telegraph“, wußten zu melden, die englische Regierung sei entschlossen, das umstrittene und andauernd abgelehnte Flottenabkommen zwischen Frankreich und England fallen zu lassen. Der Hauptgrund für die Preisgabe des Abkommens sei die Erkenntnis der Feindseligkeit, die es in den Vereinigten Staaten und in Italien erzeugt habe.

In diesen Berichten gibt nun der amtliche britische Funkdienst eine Veröffentlichung, die als Dementi auftritt, tatsächlich aber mehr als Befähigung aufgefacht werden kann. Es heißt da: Die in der Presse erscheinenden Berichte, daß das britisch-französische Kompromiß über die Flottenabfrage aufgegeben worden sei, dürfen unbeachtet bleiben. Die Vorschläge liegen noch immer den Regierungen der Vereinigten Staaten, Italiens und Japans vor, denen sie vor einiger Zeit zugesandt wurden. Die Vorschläge wurden nur entworfen, um den Fortschritt der Arbeiten in der Vorbereitenden Kommission für die Abrüstung zu fördern, nachdem durch die Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und Frankreich über die Methoden zur Durchführung einer Flottenbeschränkung ein Stillstand eingetreten war. An Stelle der beiden vorhandenen Entwürfe waren die Sachverständigen in der Lage, sich auf einen Entwurf zu einigen, der darauf den Mächten, die hauptsächlich beteiligt sind, zur Erwägung unterbreitet wurde. Es ist wiederholt betont worden, daß alle anderen Mächte, die in Genf vertreten sind, sich dem Abkommen anschließen müssen, wenn dieses wirksam sein soll, da sonst die Vorschläge überflüssig werden würden.

Mit anderen Worten heißt das, ein besonderes Abkommen zwischen England und Frankreich wird nicht getroffen, nachdem der Plan vorzeitig bekanntgeworden ist, darf man wohl hinzufügen.

lungen glücklicherweise fortgeführt werden, verzichtet deshalb, auf ihren bisherigen Verlauf einzugehen und beschränkt sich auf einige Bemerkungen über ihren weiteren Verlauf. Da die bisherigen Verhandlungen zu keinem konkreten Ergebnis führten, werde es der Wunsch des Rates sein, den Verhandlungen einen neuen Antrieb zu geben.

Briand ermuntert ebenfalls zu weiteren direkten Verhandlungen und appelliert an Wolbomaras, im Geiste richtiger Zusammenarbeit an dem übernommenen Wert weiterzuarbeiten.

Der Ratspräsident Procope-Finnland dankte hierauf den ausscheidenden Vertretern Chinas, Kolumbiens und Hollands für ihre zweijährige Mitarbeit im Rate und erklärte die 51. Tagung für geschlossen.

Der frühere amerikanische Staatssekretär Hughes ist vom Völkerverbundrat in einer geheimen Sitzung einstimmig als Nachfolger des zurückgetretenen Professors Moore zum Mitglied des Internationalen Ständigen Gerichtshofes in Haag ernannt worden. In der Völkerverversammlung, die gleichzeitig zur Wahl des Nachfolgers zusammengetreten war, erhielt Hughes 41 von 48 Stimmen; fünf Stimmen waren für Reichsgerichtspräsident Dr. Simons abgegeben worden.

Belgisches Echo zur Kanzlerrede.

Brüssel, 10. September. Die liberale „Etoile belge“ schreibt zur Kanzlerrede, daß Belgien nicht mehr Grund habe, dem schigen Kanzler Glauben zu schenken als dem Vorhergehenden. Bevor Deutschland nicht ernste Garantien für seine ebeliche moralische Abrüstung gegeben habe, könne Deutschland den alliierten Mächten kein Vertrauen einflößen. Nebenbei meldet auch die Independance belge, die schreibt, daß Deutschland ernstlich abzurufen be-

ginnen müsse. Man dürfe nicht überstürzen. Die Rede des Reichskanzlers beweise, daß Deutschland noch wie vor Alldeutsch sei und daß die deutschen Sozialisten gute Deutsche seien.

Cushtendun dementiert den Verzicht auf das Flottenabkommen.

London, 10. September. Lord Cushtendun erklärte dem Sonderberichterstatter der Sunday-Times in Genf, die Berichte über einen Verzicht auf das englisch-französische Flottenabkommen entbehren jeder Begründung. Im gleichen Sinne sprach sich auch der Innenminister Sir William Jonsen Hias aus. Hias lehnte eine nähere Erörterung des Abkommens ab, betonte aber, daß es sich nicht um einen Vertrag handle, sondern daß der Inhalt des Abkommens sich lediglich auf Defensiv- und nicht etwa Offensivmaßnahmen beziehe.

Mißglückter Revolveranschlag auf den bulgarischen Außenminister Buroff und den Abg. Jankoff?

Belgrad, 9. September. Nach einer auf Umwegen hier eingetroffenen Meldung hat heute ein unbekannter Attentäter auf den Außenminister Buroff und den Abgeordneten Jankoff drei Revolvergeschosse abgegeben. Verletzt wurde niemand. Eine Bestätigung dieser Meldung war bisher bei den bulgarischen Gesandtschaften in Belgrad, Wien und Berlin nicht zu erhalten. Sie ist daher mit allem Vorbehalt aufzunehmen.

Die polnischen Terrorakte vor dem Völkerverbund.

Schluß der 51. Ratstagung.

In der letzten Sitzung der 51. Tagung des Völkerverbundes wurde die Beschwerde des Deutschen Völkerverbundes über die öffentliche Unsicherheit in Polnisch-Obergalen die Terrorakte, die Klagen richteten sich hauptsächlich gegen die Terrorakte, die sich der Verband der Aufständigen zur Rechenschaft gezogen worden zu sein. Die Beschwerde besagte, daß ein großer Teil der Industriegebiete zurückzuführen sei, auf wirtschaftliche Genstände und auf den Alkohol. Der Verband der Aufständigen verfolgte überhaupt keinen politischen Zweck.

Der Berichterstatter, dem der deutsche Ratsdelegierte verächtlich auszusprechen, schlug dem Rat vor, seine Zustimmung zur Bestrafung der Schuldigen ergriffen werden, um das Leben und die Ruhe der deutschen Rinderheiten zu garantieren. Ferner nahm der Rat von dem Abkommen zwischen Danzig und Polen über die Westplatte und das Anlegerecht polnischer Kriegsschiffe in Danziger Hafen Kenntnis. Hierauf betrat der Rat noch einmal über den polnisch-litauischen Streitfall. Der Berichterstatter stellt fest, daß die direkten Verhand-

zum 100 Geburtstag des Kaiserreichs